



# «Homosexuelle brauchen sich nicht zu verstecken»

Letzten Montag kam es in Martinach im Nachgang des Sieges der Nati gegen Frankreich zu einem tätlichen Angriff auf LGBTIQ-Menschen. Staatsrat Mathias Reynard verurteilt diese Gewalt. Er engagierte sich bereits als Nationalrat für den gesetzlichen Schutz von LGBTIQ-Menschen.  
**Interview: Matthias Venetz**



Staatsrat Mathias Reynard hat sich bereits als Nationalrat für den Schutz von LGBTIQ-Menschen eingesetzt. Bild: pomona.media/Alain Amherd

**Mathias Reynard, der «Nouveliste» hat ein Video der Attacke in Martinach veröffentlicht. Die User verurteilen diese Gewalt. Einige empfanden jedoch das Zeigen der Regenbogenfahne als Provokation. War es das, oder war es legitim?**

Natürlich war das legitim. Die Regenbogenfahne steht für positive Werte, sie richtet sich gegen niemanden. Und sie wurde nach dem Sieg der Nati gegen Frankreich in einem Moment der Freude, der Zusammen-

gehörigkeit gezeigt.

**Trotzdem hat die Flagge Hass ausgelöst. Können Sie sich erklären, woraus er sich nährt?**

Für mich ist das unverständlich. Diese jungen Menschen haben gezeigt, wir gehören zur LGBTIQ-Community, wir sind homosexuell, wir brauchen uns nicht zu verstecken. Wir existieren und wir sind Teil dieser Gesellschaft. In diesem Autokorso gab es Schweizer Fahnen und eben auch diese Regen-

bogenfahne, es war ein Kontext der Freude. Demgegenüber stehen Menschen, die darauf mit Gewalt reagieren. Diese Aggression hätte auch in anderen Situationen auftreten können. Denn die Täter sind dieselben, die homosexuelle Paare

## «Die Regenbogenfahne steht für positive



## Werte, sie richtet sich gegen niemanden.»

### Mathias Reynard

Staatsrat

attackieren, wenn sie in der Öffentlichkeit Händchen halten. Es sind Extremisten, die mit Entschlossenheit bestraft werden müssen.

### Die Hochgefühle nach dem Sieg der Nationalmannschaft haben diese Aggression also nicht begünstigt?

Nein, ich sehe da keinen Zusammenhang. Es war ein Spiel und es gab Aggressionen, die in jeder beliebigen Situation auftauchen können, auch ohne Fussballmatch.

### War das ein Einzelfall, oder hat das Wallis Nachholbedarf in der Sensibilisierung für diese Problematik?

Homophobie existiert im ganzen Land und auf der ganzen Welt. Vielleicht können wir im Wallis im Hinblick auf Prävention und Sensibilisierung mehr machen. Aber dieses Problem ist im Wallis nicht akuter als in anderen Kantonen.

### Als Nationalrat haben Sie

### sich für die Rechte der LGBTIQ-Community eingesetzt. Welche Möglichkeiten haben Sie in Ihrer neuen Funktion als Staatsrat?

Meine Werte sind dieselben geblieben. Gesellschaftliche Kohäsion, Menschenrechte und Einsatz gegen Diskriminierung sind für mich immer noch zentral. Klar, es ist ein neues Amt. Als Staatsrat bringe ich keine Gesetze mehr ein wie im Nationalrat. Jetzt ist meine Arbeit konkreter. Es gibt zum Beispiel die Möglichkeit, auf kantonaler Ebene eine Sensibilisierungskampagne gegen Homophobie aufzugleisen. Wir können die Bildung und die Aufklärung fördern. Mit Kantonsarzt Christian Ambord lancieren wir beispielsweise eine Studie über die Situation der LGBTIQ-Menschen im Wallis. Dabei geht es darum, ihre Lebensrealitäten und die Probleme, mit denen sie zu kämpfen haben, abzubilden. Das ist weniger spektakulär als ein Anti-Diskriminierungs-Paragraf, aber es ist konkreter.

### LGBTIQ-Vereine fordern, dass sogenannte Hate Crimes von offizieller Seite erfasst werden, wie das einzelne Gemeinden und Kantone bereits tun. Ist das auch eine Option für das Wallis?

Es gab einen solchen Vorstoss im Grossen Rat. Allerdings wurde er

abgelehnt. Wichtig ist aber, dass Homophobie heute wie Rassismus behandelt wird. Es gibt ein Gesetz, dass derartige Aggressionen ahndet. Auf kantonaler Ebene können wir die Problematik mit Präventionsmassnahmen angehen. Die statistische Erfassung homophober Gewaltakte kann hier ein Mittel sein. Doch der Vorstoss dazu muss aus dem Parlament kommen.

### Zu Gewalt gegen LGBTIQ-Menschen kommt es laut Interessenverbänden oft, wenn sie in der Öffentlichkeit als Vertreter dieser Community sichtbar sind. Was für Möglichkeiten gibt es, diese Menschen sichtbar zu machen? Und gehört das zu Ihren Aufgaben als Staatsrat?

Auch hier ist das Gesetz die Grundlage. Homophobie ist verboten. Wie Rassismus auch, ist sie keine Idee, sondern etwas Gefährliches. Homophobie ist keine Meinung, sondern ein Delikt. Und die Polizei kann diese Straftaten verfolgen. Im September stimmt die Stimmbevölkerung zudem über die Ehe für alle ab. Studien aus Dänemark oder den USA zeigen, dass Hate Crimes rückläufig sind, sobald die Ehe für alle Menschen offensteht. LGBTIQ-Menschen sichtbarer machen heisst, ihnen dieselben Rechte einzuräumen.



## Homophober Angriff in Martinach

Letzten Montag wurde auch in Martinach der Sieg der Schweizer Nati über Weltmeister Frankreich gefeiert. Autos fuhrten hupend durch die Stadt. Eine Gruppe von LGBTIQ-Aktivisten zeigte dabei eine Regenbogenfahne.

Gemäss ihren eigenen Aussagen gegenüber «Blick» wollte die Gruppe einen Freund vom Bahnhof abholen und geriet dadurch in einen Autokorso. Da die Aktivisten tags zuvor an einer Veranstaltung zur Lancierung der Kampagne für die Ehe für alle teilnahmen, habe sich die Regenbogenfahne noch im Fahrzeug befunden. Spontan beschlossen sie, die Fahne zu zeigen.

Darauf ereignete sich ein tätlicher Angriff, den ein Video des «Nouvelliste» zeigt. Eine Gruppe junger Männer ging auf das Fahrzeug zu, beschimpfte die Personen im Fahrzeug mit homophoben Begriffen und wollte sich der Fahne bemächtigen. Mehrmals wurde der lenkenden Person ins Gesicht geschlagen.

Die Angreifer zogen schlussendlich ohne Regenbogenfahne ab. Gegen sie wurde Anzeige erstattet.

Die Organisation Pink Cross registriert landesweit sogenannte Hate Crimes. Darunter versteht man verbale und handgreifliche Attacken auf homo-

sexuelle, queere oder transsexuelle Menschen. Laut dem Jahresbericht von Pink Cross ereignen sich Angriffe vor allem, wenn sich Menschen der LGBTIQ-Community öffentlich als solche zu erkennen geben.

Gemäss der Statistik von Pink Cross ereignet sich schweizweit mehr als ein Angriff auf Menschen der LGBTIQ-Community pro Woche. Die Organisation schätzt die Dunkelziffer jedoch höher ein und spricht sich für eine behördliche Erfassung dieser Übergriffe auf kantonaler Ebene aus.

Im Kanton Wallis existiert diesbezüglich keine offizielle Statistik. (mav)